

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DAS HAT ZÄHNE ...

Mit dem Lissabon-Vertrag hat das Europäische Parlament Zähne bekommen. „Und die trägt es im Gesicht“, lässt sich in Anlehnung an Bert Brechts Haifisch im Mackie-Messer-Song der „Dreigroschenoper“ mit Fug und Recht sagen. In den acht Monaten seit Inkrafttreten des Vertrags hat das Europäische Parlament bewiesen, dass es zurecht als der Gewinner von Lissabon bezeichnet wurde. 95 Prozent der europäischen Gesetzgebung kann das Parlament gleichberechtigt mit dem EU-Ministerrat mitentscheiden, verspricht der Vertrag in der Theorie. In der täglichen EU-Praxis zeigt sich, dass rein gar nichts mehr ohne Mitsprache der Europa-Abgeordneten geht.

Dieses erstarkte parlamentarische Selbstbewusstsein startete zu Jahresbeginn gleich mit einem Paukenschlag: Das Europäische Parlament verlangte, dass die EU-Kommission ein neues, für die europäischen Bürgerinnen und Bürger mit mehr Datensicherheit ausgestattetes Swift-Abkommen gegenüber den USA ausverhandeln musste. Doch das Finale furioso fehlte: Eine Mehrheit aus Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen im Europaparlament knickte ein und stimmte einem neuen Swift-Abkommen zu, das zwar im Vergleich zum vorherigen Entwurf mehr Datensicherheit gewährleistet, der grundsätzlichen Kritik an der massenweisen verdachtsunabhängigen Datenweitergabe und den viel zu langen Speicherfristen allerdings nur unzureichend nachgekommen ist. Als Grüne haben wir daher das neue Abkommen abgelehnt und wollen weiterhin als progressive Kraft für höhere Datenschutz- und Rechtsschutzstandards vor allem zwischen der EU und den USA eintreten.

Das Beispiel zeigt deutlich, dass es mit einem Mehr an Mitbestimmung für das Europaparlament allein nicht getan ist. Um Politiken im Interesse der EU-Bürgerinnen und Bürger durchsetzen zu können, braucht es das ständige Ringen um parlamentarische Mehrheiten, die sich den BürgerInneninteressen und nicht denen von gewinnorientierten Lobbyisten aller Provenienz verpflichtet fühlen. Deswegen ist für uns EU-Abgeordnete auch die Unterstützung von „außen“, von NGOs, von Bürgerinnen und Bürgern so entscheidend wichtig.

Fraktionsübergreifend gegen die Finanzlobby

Besonders deutlich geworden ist das jüngst im fraktionsübergreifenden Aufruf von Europaabgeordneten aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europäischen Parlaments an die Europäische Zivilgesellschaft, in dem sie die Notwendigkeit eines unabhängigen und zivilgesellschaftlichen Gegengewichts zur Macht der Banken- und Börsenlobby betonen (siehe www.finance-watch.org). Der intensiven und finanzstarken Lobbytätigkeit der Finanzakteure steht bisher kein kompetentes und organisiertes zivilgesellschaftliches Gegengewicht entgegen. Die globale Finanzkrise hat gezeigt, dass das ein für die Demokratie insgesamt gefährlicher Zustand ist, den es dringend zu beheben gilt.

Bei sozialen Themen können Gewerkschaften ihre Stimme gegen die Arbeitgeberverbände erheben, im Bereich von Umwelt haben Nichtregierungsorganisationen einen großen Fundus an Expertise, um gegen die Interessen der Industrie zu argumentieren. Im Finanzbereich gibt es eine solche Balance jedoch nicht. Während die Finanzlobby schier un-

ermessliche Mittel hat, ist der Gegenpart in der Zivilgesellschaft erschreckend schwach. Diese Situation stellt eine Bedrohung für die Demokratie insgesamt dar. Das führt zu entweder schwächeren politischen Antworten auf das Casino der Finanzmärkte oder einer Politik, die einzig auf Emotionen und Populismus basiert.

Rückbindung an die Zivilgesellschaft

Ohne mehr Mitsprache des Europäischen Parlaments, unterstützt durch zivilgesellschaftliches Engagement, ist das gegenwärtige Finanzdurcheinander aber nicht zu ordnen. Denn hier zeigt sich erneut: Während sich die Regierungen am nationalen Gewand festklammern, schneidert das Europaparlament am europäischen Rock. Ob Finanztransaktionssteuer, Ratingagenturen, europäische Finanzmarktaufsicht, mehr Befugnisse für Eurostat oder die Regulierung von Hedgefonds, Private Equity Fonds & Co – mit parteiübergreifenden Mehrheiten schaffen es Abgeordnete des Europäischen Parlaments, zukunfts feste Berichte und Richtlinien für diese Bereiche zu beschließen. Der Europäische Rat hingegen bleibt beim Wie-Gehabt und damit beim Fortbestand des Casinos, das in das Finanzdesaster geführt hat.

Andere Beispiele aus meinen persönlichen Tätigkeitsbereichen im Europaparlament, bei denen ich sehr stark mit zivilgesellschaftlichen Engagement verbunden bin und von der Expertise von Privatpersonen wie NGOs profitiere, sind meine Arbeit als Kosovo-Berichtserstatterin sowie als Vorsitzende der LGBT-Intergroup, die sich im Europaparlament für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen einsetzt. In beiden Bereichen sind Informationen, Anregungen wie Kritik aus den jeweiligen Communitys unerlässlich für meine politische Arbeit. So habe ich zuletzt einer Gruppe von Kosovo-Expertinnen und VertreterInnen der kosovarischen Zivilgesellschaft sowohl in Wien als auch in Brüssel ein Forum anbieten können, wo sie ihren politischen Forderungen an die EU und den Autoritäten im Kosovo Gehör verschaffen konnten. Dass EULEX, die EU-Mission im Kosovo, jetzt diese Anregungen aufgreifen und in ihre Arbeit vor Ort einfließen lassen will, ist ein schöner Erfolg und Beweis für die Notwendigkeit von mehr und besserer Vernetzung zwischen EU-Politik und Zivilgesellschaft.

Im Rahmen meiner LGBT-Tätigkeiten freut es mich wiederum sehr, dass die Europride heuer in Warschau stattfinden konnte. Das ist nicht nur ein wichtiges Signal für Osteuropa, sondern zeigt auch wie positiv sich eine EU-Mitgliedschaft auf ein Land auswirken kann. Rechte für Lesben, Schwule und Transgender werden immer mehr in ganz Europa in die allgemeine Politik integriert und finden mittlerweile ihre Unterstützung durchaus auch von höchster politischer Stelle. So hat mich persönlich die Rede des polnischen Europaparlaments-Präsidenten zum Tag gegen Homophobie (IDAHO) am 17. Mai sehr beeindruckt und die Früchte unseres jahrelangen politischen wie zivilgesellschaftlichen Engagements gezeigt.

"Lissabon": Mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten

Zuletzt möchte ich noch darauf hinweisen, dass der Vertrag von Lissabon zurecht als „Vertrag der Parlamente“ – im Plural! – bezeichnet wird. Denn die im Vertrag festgeschriebenen Mitwirkungs- und vor allem Kontrollrechte machen auch die nationalen Parlamente in den EU-Mitgliedsstaaten zu eigenständigen Akteuren in der Union. Von herausragender

Bedeutung ist dabei das den nationalen Parlamenten zugestandene Recht, die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips in der Gesetzgebung der Union zu kontrollieren. Mit diesem Recht geht sehr viel Pflicht und Verantwortung einher. Und es wird viel personellen Europa-Know-Hows und EU-Engagements bedürfen sowie neuer Wege des Informationsaustausches, um den Anforderungen der neuen Kontrollkompetenzen gerecht zu werden. Für nationale NGOs wie andere zivilgesellschaftlichen Organisationen bietet diese Mehr an Kontrolle für nationale Parlamente aber natürlich ebenfalls ein deutliches Mehr an Mitgestaltungsmöglichkeiten auf und für die europäische Ebene.

„Und der Haifisch, der hat Zähne ...“ Auf Brechts Einstieg in die Dreigroschenoper habe ich bereits verwiesen. Doch für den EU-Kontext geht es passend weiter: „Und Macheath, der hat ein Messer/Doch das Messer sieht man nicht.“ Es sind die verborgenen Messer und Fallstricke, die das europäische Projekt immer wieder bremsen oder gar zurückwerfen. Wir Europa-Abgeordneten sollen dagegen unsere demokratisch legitimierten Zähne nicht nur zeigen, sondern diese auch einsetzen. Wenn uns dabei bissige, ihre Rechte einfordernde Bürgerinnen und Bürger unterstützen, werden wir noch erfolgreicher sein.